



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/83 - 10. April 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Auf dem Wege zum Verfassungsbruch? Von Dr. Walter Menzel, MdB	59
2a	Rüstungswettlauf ohne Ende? Zur letzten Rede des Bundesverteidigungsministers	45
3	Rüstung gibt keine Sicherheit In Schweden wächst die Abneigung gegen Atomwaffen	49
4 - 5	Schulraumnot Eine Schande für die Bundesrepublik	67
6	Zum 100. Geburtstag Hugo Reikmanns Kiststreiter von August Bebel	78

* * *

* *

Auf dem Weg zum Verfassungsbruch?

Von Dr. Walter Menzel, MdB

Das Rätselraten um die Gründe Adenauers, von dem Palais Schaumburg zur Villa Hammerschmidt überzuwechseln, wird die Gemüter noch lange Zeit beschäftigen. Adenauer bemüht sich jetzt, seine Entscheidung mit politischer Machtstreben - das ihm jeder glaubt - nachträglich zu legitimieren. Damit auch die deutsche Politik, wie er sagt, unter seiner Präsidentschaft nicht um einen Buchstaben anders werde, könne er, so heißt es, jederzeit an den Sitzungen des Kabinetts teilnehmen. So spielt er, ehe er gewählt ist, vor seinem Amtsantritt bereits mit dem Gedanken eines Verfassungsbruches.

Die Teilnahme eines Bundespräsidenten an den Sitzungen der Regierung kann, wenn sie sinnvoll sein soll, nur dem Zweck dienen, die Meinungsbildung des Kabinetts entscheidend zu beeinflussen. Die Richtlinien der Politik bestimmt nach dem Grundgesetz der Bundeskanzler und nicht der Bundespräsident. Kabinettsbeschlüsse unterliegen der allgemeinen öffentlichen Kritik im Parlament, in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen. Das Parlament hat darüber hinaus das Recht und die Pflicht, die Regierung wegen ihrer Beschlüsse und Maßnahmen zur Verantwortung zu ziehen. Das geschieht durch Große und Kleine Anfragen, durch die Fragestunde und vornehmlich durch die Debatten bei Gesetzentwürfen der Regierung. Das ist auch der Grund, warum der Bundestag und seine Ausschüsse jederzeit die Anwesenheit der Regierungsmitglieder fordern können.

Gegenüber dem Bundespräsidenten bestehen solche Rechte des Parlamentes nicht. Der Bundespräsident hat nach dem Grundgesetz gar nicht das Recht, an Sitzungen des Bundestages oder aber seiner Ausschüsse teilzunehmen. Das ist nur den Mitgliedern des Bundestages, des Bundesrates und der Regierung erlaubt.

Würde man daher dem Bundespräsidenten über die Teilnahme an den Kabinettsitzungen einen entscheidenden Einfluß auf die nach der Verfassung nur vom Kanzler zu verantwortenden Richtlinien der Poli-

itik einräumen, dann würde in Deutschland entweder alsbald eine neue politische Kraft entstehen, die keiner politischer Kontrolle des Parlamentes unterläge, denn das Parlament kann niemanden zur Verantwortung ziehen, der im Parlament selbst nicht Rede und Antwort stehen darf, oder aber man würde den Bundespräsidenten - was für die Würde des Staatsoberhauptes noch unerträglicher wäre - scharfer Kritik und heftiger Angriffe gegen seine Haltung in Kabinett zu politischen Tagesfragen aussetzen, ohne ihm die Möglichkeit einer Rechtfertigung zu geben. Es war daher, vor allen verfassungrechtlichen Gegebenheiten abgesehen, bisher Brauch, den Bundespräsidenten weder im noch außerhalb des Parlamentes in den Streit der Tagespolitik hineinzuziehen.

Selbst eine Änderung des Grundgesetzes dahin - vorausgesetzt, man dächte an sie und unterstellt, sie wäre möglich -, den Bundespräsidenten im Parlament sprechen zu lassen, würde die ganze Angelegenheit noch verschlimmern. Der erste Mann des Staates müßte sich der Sitzungsgewalt und den Anordnungen des Bundestagspräsidenten unterstellen und sich den Streitgesprächen, den Zwischenrufen und der unmittelbaren Fragestellung am Saalmikrofon unterwerfen.

All das hat das Grundgesetz wohlweislich überlegt und daher in seiner Art. 53 ausdrücklich verboten, daß der Bundespräsident einer Regierung angehören darf. Nur so ist die Unabhängigkeit des Staatsoberhauptes, die Teilung der Gewalten, die nach Art. 20 des Grundgesetzes unabänderlich ist, garantiert.

Möge sich Herr Dr. Adenauer rechtzeitig daran erinnern, daß er sich selbst vor Jahren ein Gutachten zu dieser Frage verschafft hat, und daß ihm die Hausjuristen damals, wahrscheinlich seinen Wünsche entsprechend, bestätigten, daß der Bundespräsident nicht an Kabinettsitzungen teilnehmen kann.

Rüstungswettlauf ohne Ende?

Ler - Der Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauss rechtfertigt seinen in vielen Reden erworbenen Ruf, einer der härtesten aller Kalten Krieger zu sein. Er ist so stark in den Kategorien des rein militärischen Denkens befangen, dass es ihm unmöglich erscheint, sich davon zu trennen. Er spricht zwar viel von der Erhaltung des Friedens und den Opfern, die dafür gebracht werden müssen, gleichzeitig jedoch tritt er für eine fast unbegrenzte Aufrüstung ein, damit einen Weg beschreitend, der nach allen Erfahrungen der Vergangenheit mit Sicherheit zu kriegerischen Verwicklungen führt. Ideen, wie die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und das Auseinanderrücken der Militärblöcke sind ihm ein Grauel; Gedanken über ein europäisches Sicherheitssystem, in dem ein wiedervereinigtes Deutschland weder der NATO noch dem Warschauer Pakt angehören könnte, weist er weit von sich, er tut sie als Katzerei ab.

In seiner letzten Rede vor dem Wirtschaftsverband Eisen-Blech und Metall in Bad Godesberg verlangte der Bundesverteidigungsminister geradezu etwas Ungeheuerliches: er will, dass zur Erhaltung des Friedens die freien Völker "ähnlich grosse Anstrengungen unternehmen, wie sie früher die Kriege von ihnen abverlangten". Weiss der Aufrüstungsapostel Strauss, was er damit sagte? Will er wirklich, dass sich die Volkswirtschaften der freien Welt in die erdrückenden Rüstungslasten verzehren? Will er eine Steigerung des Rüstungswettlaufes bis zum vollendeten Wahnsinn, will er die Militarisation so weit treiben, dass kein Raum mehr für politisches Handeln übrigbleibt? Aufrüstung erzeugt Furcht und Misstrauen, und Furcht und Misstrauen sind wiederum die stärksten Antriebskräfte für das Wettüben - das Strauss'sche Denken bewegt sich in diesem verhängnisvollen Kreislauf.

Die westliche Welt dürfte wohl nicht bereit sein, den Ideen unseres Bundesverteidigungsministers zu folgen. Trotz aller Bonner Querzweibereien auf der Washingtoner Konferenz der Außenminister gehen die Bemühungen, auf dem Wege über Entspannungszonen in Mitteleuropa den unerträglich gewordenen Druck zu erleichtern, weiter. Die Diskussion um Disengagement und Rapackiplan bleibt auf der Tagesordnung der internationalen Politik. Die britische Regierung, gedrängt und gestossen von einer starken öffentlichen Meinung, hat ihre eigenen Vorstellungen über militärisch verdünnte Zonen entwickelt, und auch die Vereinigten Staaten zeigen sich ähnlichen Anregungen, die aus der Mitte des Senats kamen, aufgeschlossen. Solche Reden, wie sie Strauss in Überschnitzung der Position der Bundesrepublik produziert, bergen die Gefahr in sich, die Bundesrepublik international zu isolieren. Ihr anmassender und belehrender Ton weckt Empfindungen, in denen neu entflammtes Misstrauen gegen die Deutschen mitschwingt, worden sie doch mit einer Politik der Verhärtung identifiziert, die gerade der Bundesrepublik nicht anstehen sollte.

Rüstung gibt keine Sicherheit

R.H. Stockholm

Das Reichsamt für psychologische Verteidigungsbereitschaft in Schweden hat 1957 und 1958 durch Masseninterviews zu ermitteln versucht, in welchem Maße die Schweden bereit sind, bewaffneten Widerstand zu leisten, wenn das Land mit Atomwaffen angegriffen würde. Die Befürworter einer Aufrüstung sind über das Ergebnis entsetzt, denn binnen einem Jahre hat sich die Kampfbereitschaft offensichtlich stark vermindert.

Während auf die Frage, ob Schweden sich gegen einen Angriff mit Atomwaffen verteidigen sollte, im Jahre 1957 noch 77 Prozent der Befragten mit Ja und 12 Prozent mit Nein geantwortet hatten, zählte man 1958 nur noch 59 Prozent Ja-Stimmen und 21 Prozent Nein-Stimmen. Die Unsicheren stiegen von 11 auf 20 Prozent. Eine Parallel-Untersuchung, die von der privaten SIFO vorgenommen worden ist, ergab eine ähnliche Verschiebung, nämlich eine Verminderung der Ja-Stimmen von 54 Prozent im Jahre 1957 auf 44 Prozent im Jahre 1958 und eine Zunahme der Nein-Stimmen von 22 auf 30 Prozent.

Sehr interessant ist, wie sich in der ersterwähnten Untersuchung die Nein-Stimmen zusammensetzen. Bei den wehrdienstpflichtigen Geburtenjahrgängen war nämlich der Prozentsatz jener, die eine Verteidigung gegen Atomwaffen für sinnlos halten, wesentlich mehr gestiegen als bei den älteren Geburtenjahrgängen:

Geburtenjahrgänge:	Nein-Stimmen in Prozenten	
	1957	1958
- 1880	4	4
1881 - 1890	5	8
1891 - 1900	11	25
1901 - 1910	12	11
1911 - 1920	13	23
1921 - 1930	6	30 !!
1931 - 1935	15	34 !!

Bei den ältesten Jahrgängen war verständlicherweise die Zahl der Unsicheren besonders groß.

Von den drei Sozialgruppen hatte die 3. Gruppe (hauptsächlich Arbeiter) den größten Zuwachs an Nein-Stimmen zu verzeichnen, aber auch bei den beiden anderen Sozialgruppen hatte die Skepsis zugenommen. In allen Sozialgruppen war der Prozentsatz jener, die sich unsicher fühlen, stark gestiegen.

Bei den Frauen hatte sich die negative Einstellung während eines Jahres verdoppelt (von 12 auf 24 Prozent), bei den Männern war sie von 12 auf 19 Prozent gestiegen.

Man bringt diese auffallende Verschiebung in Zusammenhang mit der im Jahre 1958 auf breiter Basis entflammten Debatte über eine Atomwaffen-Aufrüstung in Schweden. Während der größte Teil der Bevölkerung sich mit dieser Frage vorher kaum befaßt hatte, sind den Menschen nun über die gewaltigen Konsequenzen der veränderten Waffentechnik die Augen aufgegangen.

Von manchen Stellen wurde aus dem Befragungsergebnis der Schlußsatz gezogen, daß der Verteidigungswille des schwedischen Volkes im Absinken sei. Eine solche Deutung ist wohl ebenso vereinfachend, wie es die Fragestellungen bei solchen Massenbefragungen naturgemäß sein müssen. Tatsächlich dürfte sich an dem Willen der Schweden, ihre demokratischen Freiheiten zu verteidigen, kaum etwas geändert haben. In den Antworten dürfte vielmehr die Einsicht der Menschen zum Ausdruck kommen, daß im Zeitalter der Atomwaffen politische und andere Gegensätze zwischen den Völkern nicht mehr mit den Waffen, sondern mit anderen Mitteln ausgetragen werden müssen.

Schulraumnot

G.St. - In diesen Tagen kommen die Kinder des Jahrganges 1952 - 1953 zur Schule. Etwa 650.000 ABC-Schützen werden zum ersten Mal in der Schulbank sitzen. Sie wurden geboren, als sich das Leben in der Bundesrepublik zunehmend normalisierte. Seither sind sieben Jahre vergangen. Jahre, in denen Banken, Versicherungen und Verwaltungen ihre mehrstöckigen Hochhäuser errichteten und sie, wie es sich gehört, mit dem neuesten Komfort ausstatteten. Der präzise arbeitende Lift, die Klima-Anlage, die schalldämpfenden Velours, das alles waren dabei als unabdingbar angesehene Notwendigkeiten. Unseren Kindern jedoch im selben Tempo gesunde und geordnete Schulverhältnisse zu schaffen, das vergaß man in der Eile.

So ist es durchaus nicht einträglich, daß die ABC-Schützen des Jahres 1959, wie die Schulkinder in einem Kölner Vorort, Schulen antreffen, in denen sie auf mitgebrachten Stühlen und Apfelsinerkisten am Unterricht teilnehmen müssen, weil es in ihrer Klasse keine ausreichenden Schulbänke gibt - und das in einer Schule in Deutschlands reichstem Land.

Schulraumnot, Schichtunterricht, Lehrermangel gehören zum traurigen Vokabular unserer Tage, ohne daß in den vergangenen Jahren eine Abhilfe geschaffen wurde. Bereits die Elementarklassen der Volksschulen sind hoffnungslos überfüllt. In der Regel sitzen in einer Volksschulklasse 50 Kinder, aber auch 60 und mehr Kinder; sogar bis zu 74 Kinder in einer Klasse sind keine Seltenheit. Noch zwei bis sechs Jahre kann es dauern, bis der Schichtunterricht der Vergangenheit angehört. Nach den letzten Feststellungen der Kultusminister-Konferenz sind noch etwa elf- bis zwölftausend Schulräume notwendig, um beispielsweise den Schichtunterricht in den Schulen zu beseitigen. Kostenpunkt: Zweieinhalb Milliarden DM. Alles in allem fehlen 22 000 Klassenzimmer. Um endlich zu normalen und den pädagogischen und gesellschaftspolitischen Erfordernissen angepaßten Schulverhältnissen zu kommen, wären insgesamt 53 000 Klassenräume erforderlich. Allein die Einführung des immer dringender werdenden 9. Schuljahres würde 11.000 neue Klassenräume erfordern. Aber, woher die Mittel dazu nehmen?

Nach der Verfassung sind die Länder und Gemeinden verpflichtet, dafür zu sorgen. Sie haben diese Aufgabe vielerorts vorbildlich angepackt. In Hamburg zum Beispiel wird in diesem Monat der 100. Grundstein für eine neue Schule gelegt. Und schneller als anderswo wird es 1961 in den Hamburger Schulen keinen Schichtunterricht mehr zu geben brauchen. Ähnliche Beispiele gibt es in allen Bundesländern. Wenn in vier Ländern, in Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und West-Berlin so wichtige Aufgaben, wie die Einführung der neunjährigen Schulpflicht in Angriff genommen werden konnten, so läßt das darauf schließen, daß in den Ländern und Gemeinden Schule und Erziehung neben dem Wohnungsbau als das dringlichste Problem angesehen und behandelt wird.

Trotz aller Anstrengungen sind die Gemeinden jedoch nicht in der Lage, diese Aufgabe allein zu bewältigen. Sie haben wiederholt finanzielle Hilfe bei den Bonner Regierungsstellen erbeten, aber mit wenig Erfolg. Aus verfassungsrechtlichen Gründen lehnte Bundesfinanzminister Etsch eine unmittelbare Finanzhilfe zur Beseitigung der Schulraumnot ab. Nicht einmal der Vorschlag des Bundesrates, die Zuschüsse zur Förderung von Schulbauten in Grenz- und Zonenrandgebieten von 680.000 auf zehn Millionen DM zu erhöhen, fand offene Ohren.

Nach einer internationalen Untersuchung geben wir in der Bundesrepublik pro Kopf der Bevölkerung für Erziehung und Bildung 16,5 Dollar aus, die USA 57,1, Schweden 31,7 und die Sowjetunion dagegen 93,0 Dollar. Das sind Zahlen, die zu denken geben, weil sie ungeschminkt darauf hinweisen, in welches Dilemma die Bundesrepublik in einigen Jahren bei dem wachsenden Bedarf an Facharbeitern und Technikern geraten wird, wenn sie die Bedeutung dieser Aufgabe nicht begreift.

Es kommt darauf an, ob der Bund über alle verfassungsmäßigen Bedenken hinweg den Ländern unter die Arme greift und ihre Anstrengungen durch finanzielle Leistungen unterstützt. Die SPD hat mit ihrem Plan 2 Wege dazu gewiesen. Ob Deutschland eine Kulturnation bleibt und seine sozialen Aufgaben erfüllen kann, das hängt auf die Dauer von den Bemühungen um die Lösung der kulturellen Aufgaben ab; Schulraumnot und Lehrermangel sind die Prüfsteine. Bis heute haben der Bund und die Parteien der Bonner Regierungskoalition hierin versagt.

Zum 100. Geburtstag Hugo Heimanns

F.K. Am 15. April jährt sich zum hundertsten Male der Geburtstag Hugo Heimanns, des langjährigen sozialdemokratischen Vorsitzenden des Hauptausschusses des Deutschen Reichstages. Seit 1900 Berliner Stadtverordneter, lange Zeit Fraktionsführer und zeitweilig auch Vorsteher der Berliner Stadtverordnetenversammlung, wurde Heimann, der noch mit August Bebel und Paul Singer zusammen gearbeitet hat, 1919 in die Deutsche Nationalversammlung gewählt und an die Spitze ihres Hauptausschusses berufen. Im Reichstag hat er das gleiche Amt dann abgesehen von einer kurzen Unterbrechung im Jahre 1924 - bis 1932 innegehabt und in dieser Eigenschaft einen erheblichen Einfluss auf die Gestaltung des Reichshaushalts ausgeübt. Hugo Heimann, der ursprünglich Buchhändler und Verleger war und der der erste Vorsitzende des 1906 ins Leben gerufenen Zentralen Bildungsausschusses der SPD gewesen ist, gehörte auch zu den ersten fünf sozialdemokratischen Abgeordneten, die 1908 in den Preussischen Landtag einzogen, in dem er für seine Partei die erste, vielbesetzte Haushaltsrede hielt. 1918 war Heimann Sprecher der vier Berliner Volksbeauftragten zur Beaufsichtigung der Stadtverwaltung. Für seine Verdienste als Kommunalpolitiker und die Förderung der Volksbildung in Berlin durch die Stiftung einer "Öffentlichen Bibliothek und Leschalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann" 1926 mit der Ehrenbürgerschaft der Reichshauptstadt belohnt, war Heimann der erste sozialdemokratische Ehrenbürger einer deutschen Stadt überhaupt.

Mit fast 92 Jahren ist Hugo Heimann am 23. Februar 1951 in New York gestorben, wohin er 1939 ausgewandert war. Nach einem rund 40-jährigen erfolgreichen Wirken in Dienste des sozialen Fortschritts hatte er es erleben müssen, dass sein Ehrenbürgerrecht 1933 von den Nazis widerrufen wurde, hatte er wenige Jahre vor seinem Tode aber auch die Genugtuung, dass die Berliner Stadtverordnetenversammlung es 1947 durch einstimmigen Beschluss feierlich erneuerte.

Heimann hatte sich als Mensch und Politiker auch die Achtung der politischen Gegner erworben. Der frühere Reichskanzler Dr. Brüning schrieb ihm nach New York: "... Ich habe immer eine ganz besondere Verehrung für Sie gehabt. Hätte der Deutsche Reichstag nur zu einem Drittel Männer wie Sie, von der gleichen Würde, Umsicht und Mäßigung zu seinen Mitgliedern seit 1919 gezählt, so würden die Dinge einen anderen Verlauf genommen haben ...".

Bis in seine letzten Lebensjahre hinein besuchte Heimann in New York die Versammlungen der dortigen Sozialdemokraten. In einem Brief aus dem Jahre 1948 an Ernst Reuter, der auf seinen USA-Reisen Heimann zweimal aufsuchte, bekennt der fast Neunzigjährige: "Das einzige, womit ich in meinem Leben einigermaßen zufrieden sein könnte, ist, dass ich auch ohne direkte Beeinflussung durch meinen alten Freund August Bebel vom ersten Augenblick an, in dem ich politisch denken und mich betätigen konnte, Sozialdemokrat gewesen bin". Eine städtische "Hugo-Heimann-Bücherei" im Berliner Arbeiterbezirk Wedding hält die Erinnerung an diesen bedeutenden Sozialdemokraten und Berliner Ehrenbürger wach.